

Fachregierungserklärung des Sächsischen Staatsministers des Innern

Markus Ulbig zum Thema:

„Gesamtaufgabe Asyl – gemeinsam für Unterbringung, Sicherheit und Integration“

am 1. September 2015

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident,
meine Damen und Herren Abgeordnete,

erst einmal: Ich bin froh, dass wir am vergangenen Wochenende Bilder gesehen haben, die ein anderes Sachsen zeigen. Es gab ein Willkommensfest, es gab eine friedliche Demonstration in Dresden, es gab viele Aktionen für Flüchtlinge und es gab wieder tausende engagierte Helfer, die tatkräftig angepackt haben. Gerade ihnen gilt unser aller Dank! Was wir derzeit in Sachsen an ehrenamtlichen Einsatz sehen, das ist wahrlich ermutigend.

Im Vorfeld des angesprochenen Willkommensfestes hatte es ja viele Diskussionen gegeben. Ich habe mit Vielen sehr konstruktive Gespräche geführt, auch mit Ihnen Herr Gebhardt, auch mit Herrn Özdemir. Sie wissen deshalb: für mich war zu jeder Zeit klar: Wir wollten die Bilder, die dieses Fest letztendlich auch gezeigt hat, in jedem Fall ermöglichen. Was es zu verhindern galt, das waren Bilder wie am 21. und 22. August. Und dass ein Innenminister auf einem

Willkommensfest nicht willkommen ist, ist auch eine Frage von Willkommenskultur.

Meine Damen und Herren,

Tatsache ist: am vergangenen Wochenende hatten wir in Sachsen 16 Hundertschaften im Einsatz. Bei 13 Hundertschaften handelte es sich um Kräfte aus Sachsen, die teilweise mehrfach eingesetzt werden mussten. Da waren Beamte dabei, die ihren freien Tag abgegeben haben und sogar einige, die ihren Urlaub nicht antreten konnten. Was die Sächsische Polizei an diesem Wochenende wieder geleistet hat, mit wie viel Aufwand sie die vielen Aufgaben bewältigt hat, das war wieder einmal ganz stark. Im Namen der gesamten Staatsregierung bedanke ich mich noch einmal dafür. Unsere Polizei hat ein weiteres Mal für Ruhe und Ordnung im Freistaat gesorgt.

Das war im Vorfeld so nicht abzusehen. Neben den routinemäßigen Abfragen für andere Kräfte habe ich mich persönlich um Verstärkungen bemüht. Eines ist dabei ersichtlich geworden: die Polizei ist momentan in ganz Deutschland über die Maße gefordert!

Meine Damen und Herren,

ja: die Belastung für unsere Beamten ist nun schon lange sehr hoch. Seit etwa einem Jahr haben wir eine deutliche Zunahme der vielen Aufgaben im Freistaat. Denken Sie an die vielen Demonstrationen in Leipzig, in Dresden. Zum Teil waren das sehr aufwendige

Einsatzlagen. Hinzu kommen jetzt die stetig steigenden Flüchtlingszahlen. Da müssen Demonstrationen abgesichert und Heime geschützt werden. All das erhöht das Pensum unserer Polizei, vor allem der Bereitschaftspolizei.

Auf der einen Seite gilt es jetzt, langfristig die richtigen Entscheidungen zu treffen. Die Expertenkommission zur Stellenüberprüfung wird aus dieser Lage Schlüsse ziehen. Ich habe mit den Kollegen dazu auch schon persönlich gesprochen und will dem Ergebnis nicht vorgreifen, nur so viel: Ich gehe davon aus, dass wir unsere Konzepte anpassen werden.

Ein Teil davon haben wir schon erledigt. Ich denke an die Erhöhung des Einstellungskorridors – gerade heute werden wieder 100 zusätzliche Polizeianwärter am neuen Polizeischulstandort in Schneeberg vereidigt. Und ich denke an die Zulage für die Bereitschaftspolizisten, die ja auch schon im Koalitionsvertrag und in den Haushalt vereinbart ist und die noch in diesem Jahr gelten soll.

Auf der anderen Seite ziehen wir aber auch verschiedene Mittel in Betracht, um die Verfügbarkeit der Polizei kurzfristig zu erhöhen. Erstens wollen wir die Überstunden in der Polizei auszahlen. Viele Kolleginnen und Kollegen, gerade bei der Bereitschaftspolizei und im höheren Dienst, haben ja mittlerweile enorm viele Überstunden anhäufen müssen. Für sie gibt es derzeit kaum eine Möglichkeit, diese

abzutragen. Die Auszahlungen wären da ein Ausweg, der schnell Erleichterung brächte und bei den Kolleginnen und Kollegen der Polizei willkommen ist. Geld ersetzt zwar nicht verlorene Freizeit, ist aber eine Anerkennung der Leistung.

Was wir zweitens zügig brauchen, ist ein Anreizsystem, das Beamte dazu animiert, ihren Ruhestand im Interesse des Freistaates Sachsen hinauszuschieben. Klar: Wie in jedem anderen Beruf ist die Freude auf den Ruhestand groß. Aber wenn wir es schaffen, dass die erfahrenen Beamte beispielsweise durch Versorgungszuschläge oder andere finanzielle Anreize länger bleiben, hätten wir kurzfristig viel gewonnen.

Schlussendlich will ich noch die Einrichtung einer Wachpolizei ansprechen. Ohne dem Gesetzgeber hier vorzugreifen: Wir bereiten uns darauf vor, dass der entsprechende Gesetzentwurf kommt.

Meine Damen und Herren,
vielleicht kann sich der eine oder andere von Ihnen erinnern: Am 18. Februar 2015 prognostizieren die Experten vom BAMF: 250.000 Asylbewerber. Schon am 7. Mai sind es 400.000. Am 19. August schließlich liegen wir bei 800.000. Diese Zahlen zeigen eine Entwicklung, die wir mittlerweile als größte nationale Herausforderung seit Jahren ansehen müssen. Eine Entwicklung, von der wir überholt worden. Alle. Bund, Länder, Kommunen.

Seit über einer Woche wissen wir: etwa 40.000 Asylbewerber werden bis Ende des Jahres Sachsen zugewiesen sein und müssen bei uns untergebracht werden. Wir haben es also aktuell mit einer Dimension zu tun, die alles Dagewesene übersteigt. Noch im Februar sind wir von 2.380 Unterkunftsplätzen in unserer EAE ausgegangen. Jetzt rechnen wir mit einem Bedarf von 10.000. Mittlerweile brauchen wir jede Woche – das für Sie zur Veranschaulichung – fast 500 Plätze zusätzlich. Und bis zur Zielzahl ist es noch ein Stück.

Meine Damen und Herren,
diese dramatische Entwicklung ist der Grund, weshalb die Planung der Staatsregierung ständig angepasst werden musste. Für uns ist das eine Situation, in der wir immer wieder aufs Neue reagieren müssen und reagiert haben. In der wir unsere Konzepte ständig anpassen. Das ist nur möglich, weil wir im Kabinett geschlossen und planvoll vorgehen. Weil viele Kollegen in den Häusern und gerade auch in der ZAB und beim SIB richtig gute Arbeit leisten. Ihnen gilt unser aller Dank!

Meine Damen und Herren,
für uns alle ist in dieser Situation klar: Keiner will in Sachsen Bilder wie in Calais oder Budapest sehen. Unser vorrangiges Ziel bleibt weiterhin, die Menschen vernünftig unterzubringen. Kurzfristig heißt das: Bis Ende Oktober sollen alle raus aus den Zelten und in der EAE und in den verschiedenen Interimsstandorten Wetter unabhängig

untergebracht sein. Mein Dank gilt hier auch Kollege Unland, der jetzt eine neue Struktur für die Verfügung der betreffenden Liegenschaften aufgebaut hat.

Langfristig gilt unser 3-Standorte-Konzept. In Chemnitz, Leipzig und Dresden sowie in den Außenstellen Schneeberg, Zwickau und Borna werden wir Platz für 10.000 Menschen schaffen sowie eine Reserve von 3.500 Plätzen bereithalten. Unser Anspruch dabei ist eine menschenwürdige Unterbringung für alle, die in Sachsen Asyl beantragen. Und wir alle erwarten, dass das BAMF auch in Dresden und Leipzig zügig Außenstellen einrichtet, um für alle kurze Wege und schnelle Abläufe sicherzustellen.

Das ist nur ein Teil unserer Anstrengungen. Was wir jetzt vor allem brauchen, das ist Zusammenhalt. In der Gesellschaft, zwischen den behördlichen Ebenen in EU, Bund, Land und Kommunen, unter den Entscheidungsträgern. Auch aus diesem Grund gehen meine Kabinettskollegen und alle Ressorts die Herausforderung Asyl gemeinsam an. Es geht um Schule, um Arbeit, um Gesundheit.

Diese Sprache spricht auch unser Kabinettsbeschluss. Ich habe es bereits angesprochen: In einer Sondersitzung hat das Kabinett vor anderthalb Wochen auf die neue BAMF-Prognose reagiert und ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgeschlagen. Wir bündeln darin Kompetenz und Man-Power der zuständigen Stellen.

Ein Schwerpunkt ist da natürlich die Personaldecke. Wenn die Aufgaben wachsen, braucht es Leute, die sie bewältigen. Das ist eine Grundvoraussetzung, um die Asyl-Verfahren zu beschleunigen – nicht nur beim BAMF.

Dringender Bedarf besteht vor allem in der ZAB. Ursprünglich war die Behörde auf 10.000 ankommende Asylbewerber ausgelegt, jetzt werden es 40.000 sein. Hier werden wir deutlich aufstocken. Den ersten Schritt haben wir heute gemacht und die ZAB um fast 60 Mitarbeiter vergrößert. Weitere werden zügig folgen. Alle Ressorts sind hier auf der Suche nach geeigneten Leuten, alle Ressorts werden bei kürzlich in Ruhestand getretenen Beschäftigten und Angestellten für befristete Tätigkeiten werben.

Der Anstieg der Zahlen ist natürlich auch eine personelle Herausforderung für den Bereich, der für die Rückführung abgelehnter Asylbewerber zuständig ist. Auch hier braucht es mehr Man-Power, weil ja klar ist: Umso mehr Menschen zu uns kommen, umso größer werden die Anstrengungen, die Ausreisepflicht der abgelehnten Bewerber durchzusetzen.

Wenn wir uns das genauer anschauen, dann zeigt sich: Ein Großteil der Flüchtlinge kommt aus Kriegsgebieten, die Anerkennungsquote bspw. aus Syrien liegt bei nahezu 100%. Ein anderer Teil, vor allem aus den Balkanstaaten, wird jedoch in nahezu allen Fällen nicht

anerkannt. Insgesamt werden bei uns 2/3 aller Asylgesuche negativ beschieden.

Meine Damen und Herren,
hier müssen wir unsere Anstrengungen weiter forcieren. Ein gerechtes Asylsystem muss immer Balance aus Humanität und Ordnungspolitik wahren, muss geltendes Recht durchsetzen – auch weil wir wissen: Solidarität für Flüchtlinge steht und fällt damit, dass am Ende der Staat, dass am Ende wir darüber entscheiden, wer unsere Hilfe in Anspruch nehmen sollte und wie schnell nach abgelehntem Ersuch die Rückkehr in die Heimat erfolgt. Und wer trotz eines negativen Asylbescheids nicht ausreist, darf nicht die Solidarität der hier lebenden Menschen erwarten.

Solidarität ist auch ein wichtiges Stichwort in Sachen Information und Kommunikation. Informationen sind die wichtigste Waffe gegen Vorurteile. Sie helfen, Diskussionen auf sachlicher Ebene zu führen. Nicht erst seit unserem Unterbringungs- und Kommunikationskonzept vor über einem Jahr haben wir hier ganz bewusst große Anstrengungen unternommen, um Zahlen und Fakten rund um das Thema Asyl für die Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen.

Klar: Es gibt nichts, was man nicht besser machen könnte. Aber mittlerweile haben wir auf vielen Kanälen unser Informationsangebot ausgebaut. Und wir sind vielerorts aktiv in den Dialog mit den

Bürgerinnen und Bürgern getreten. Hier bleiben wir nicht stehen. Auf „asylinfo.sachsen.de“ findet sich schon jetzt eine Vielzahl an relevanten Informationen zum Thema – zusammengetragen von allen Ressorts. Das Angebot wird zunehmend genutzt.

Auf der anderen Seite ist gute Kommunikation auch ein wichtiges Stichwort in Sachen Zusammenarbeit mit unseren Kommunen. Zurzeit hört man überall – vor allem in den Medien – den Vorwurf: Der Freistaat kommuniziere nicht ausreichend, nicht schnell genug. Man muss dabei aber auch sagen, dass man mit Kommunikation nur denjenigen erreicht, der auch erreicht werden will.

Denn Fakt ist doch: Wir stehen jeden Tag vor Neuem vor der Aufgabe, die vielen Neuankömmlinge schnell unterzubringen. Und ich denke, wir sind uns alle einige, dass wenn Obdachlosigkeit droht, dann ist schnelles Handeln gefragt. Dann bleibt eben manchmal nicht die Zeit, groß im Vorfeld zu informieren.

Meine Damen und Herren,
unsere wichtigsten Partner in Sachen Asyl sind unsere Kommunen. Sie sorgen für die Unterbringung nach der Erstaufnahme und stemmen dafür große Lasten. Für uns ist klar: Ohne tatkräftige Unterstützung des Landes ist das auf Dauer nicht machbar.

Aus diesem Grund stellen wir den Landkreisen und kreisfreien Städten in diesem Jahr und auch im nächsten pauschal jeweils 30 Millionen Euro zur Verfügung und haben die Anpassung der Unterbringungspauschale mit Wirkung für 2016 eingeplant. Außerdem werden wir den allgemeinen Investitionsbedarf der Kommunen aktiv unterstützen und haben auch unsere Städtebauförderrichtlinien angepasst. Wie der MP vergangenen Donnerstag sagte, das Wort gilt: Die Erhöhung der Mittel geht nicht zulasten von Kitas, Schulen und Co. Wir werden dafür keine fest geplanten Posten angreifen.

Unsere Kommunen verdienen diese Unterstützung. Sie kommen ihrer rechtlichen Verpflichtung, ihrer Aufgabe der Weiterverteilung nach. Den engagierten Machern vor Ort gilt unser aller Dank. Sie haben bislang gezeigt: Auf sie ist vielerorts Verlass. Klar: Die Herausforderung wird jetzt nicht kleiner, sie wird größer. Das ist die eindringliche und deutliche Botschaft der neuen BAMF-Prognose.

Für uns ist deshalb jetzt wichtig, die Zusammenarbeit mit den Kommunen weiter auszubauen und uns gemeinsam zu stärken. Dazu gehört die finanzielle Unterstützung durch den Freistaat. Dazu gehört das Verständnis: Wir sind Partner! Miteinander statt gegeneinander!

Das sieht auch die kommunale Ebene so. Viele Bürgermeister, Gemeinderäte und andere Entscheidungsträger vor Ort nehmen die Leute mit, so wie jüngst der BM von Heidenau, Jürgen Opitz.

Verantwortliche wie er zeigen: Wir packen das! Sie sorgen dafür, dass einerseits Fremdenfeindlichkeit aktiv entgegengetreten wird und wie andererseits vernünftige Unterbringung funktioniert. Dass Leute wie er dafür Anfeindungen erdulden müssen, dass sie offen bedroht werden, verurteilen wir auf Schärfste!

Meine Damen und Herren,
ich habe es gesagt: Kommunen und Landkreisen wird Unterstützung zuteil, die Zusammenarbeit wird intensiviert. Unsere Bitte ist nun außerdem, dass die Kommunen gemeinsam mit uns Forderungen an den Bund erarbeiten, um beim kommenden Asyl-Gipfel am 9. September mit einer starken Stimme zu sprechen. Denn klar bleibt ja eines: Die aktuelle Situation ist die größte nationale Herausforderung seit Jahren. Momentan wird uns das allen in aller Deutlichkeit bewusst.

Es ist eine Herausforderung, die alle, wirklich alle angeht. Zuerst natürlich auf internationaler Ebene, wo die Vereinten Nationen, wo die Führungsmächte dieser Welt neue Wege beschreiten müssen. Wo der Zusammenhalt unserer Europäischen Union auf dem Prüfstand steht.

Es stimmt natürlich: Der Bund hat bereits einige Anstrengungen unternommen, Länder und Kommunen zu unterstützen. Erst kürzlich wurde beschlossen, dass die Kommunen 2015 mit 1 Milliarde Euro zusätzlich unterstützt werden. Hier dürfen wir aber nicht stehen bleiben. Wachsende Herausforderung bedarf wachsender Solidarität.

Meine Damen und Herren,
Deutschland leistet viel, weil es viel leisten kann. Und auch Sachsen hat sich in letzten 25 Jahren durch harte Arbeit gut entwickelt. Wir sind ein Land, wo die Menschen anpacken. Wir sind ein solidarisches Land. Aber wir wissen es alle: Diese Leistungsfähigkeit hat Grenzen. Weitermachen wie bisher wird auf Dauer nicht möglich sein.

Deshalb müssen wir über Wege nachdenken, wie wir mit einer Flüchtlingsbewegung umgehen, deren Ausmaß auf absehbare Zeit kaum geringer werden wird. Das gebieten pragmatische Sachzwänge. Das gebietet der Respekt vor der Grenze der Belastbarkeit unserer Bürgerinnen und Bürger – bei denen wie gesagt nicht der Eindruck entstehen darf, ihre Solidarität würde ausgenutzt.

Klar ist da: Umso schneller Asylverfahren laufen, umso eher kommen wir vor die Lage. Dafür habe ich mich schon vor 2 Jahren stark gemacht. Die Beschleunigung der Asylverfahren ist ja schon lange eine sächsische Kernforderung und steht im Übrigen auch in unserem Koalitionsvertrag.

Nach wie vor ist hier meine Überzeugung: Asylverfahren dürfen nicht länger als drei Monate dauern, dann müssen alle Beteiligten Klarheit haben. Das wäre im Sinne der Asylbewerber. Das wäre im Sinne aller.

Hier ist jetzt aber ganz der Bund ganz klar in der Pflicht. Denn für die Dauer der Asylverfahren ist ja bekanntermaßen das BAMF hauptverantwortlich. Und da kann es nur heißen: Personal, Personal und nochmals Personal für die Behörde.

Außerdem besteht noch Potential, um die Verfahren zu optimieren. Dazu gehört für mich beispielsweise auch der Einsatz technischer Hilfsmittel wie Fingerabdruckscanner.

Meine Damen und Herren,
klar ist und bleibt: Wir werden in der momentanen Situation keine Universal-Lösung finden. Wir müssen stattdessen weiter an zahlreichen Stellschrauben drehen. Dazu gehören die Senkung von baulichen Standards und Veränderungen im Planungsrecht und bei Vergabeverfahren. Dazu gehört auch die Verkürzung von Asyl-Verfahren.

Die öffentliche Debatte zeigt, dass wir über die Ausweitung Sicherer Herkunftsstaaten nachdenken müssen. Ein solcher Schritt kann ein Mittel sein, dass sich Menschen aus den betreffenden Ländern gar nicht erst auf den beschwerlichen und gefährvollen Weg zu uns machen. Und ich erinnere daran: In triftigen Gründen, also wenn wirklich Verfolgung vorliegt, kann natürlich trotzdem bei uns Asyl beantragt und bewilligt werden.

Auch die Minimierung von finanziellen Anreizen, die manch einen dazu bewegen, bei uns Asyl zu beantragen, muss genau geprüft werden. Klar ist natürlich auch: Wir wollen hier bis an die verfassungsrechtliche Grenze gehen und genau schauen, inwieweit die Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips sinnvoll und rechtlich möglich ist.

Meine Damen und Herren,
Kollegin Köpping wird gleich das Thema Integration in den Fokus rücken. Dazu noch folgender Gedanke: Was Integrationshilfen für angenommene Asylbewerber in Deutschland sind, das sollten auch Starthilfen für abgelehnte Asylbewerber in deren Heimatländern sein. Denn Entwicklung im Heimatland ist das wirksamste Mittel gegen Armutsmigration. Hier sind in meinen Augen natürlich sämtliche Akteure der Entwicklungspolitik gefragt, neue Wege zu gehen, um Armut, gerade in Europa, wirksamer zu bekämpfen. Hilfe für andere Länder darf nicht in Bürokratie-Apparaten versanden, sondern muss direkt bei den Menschen ankommen.

Vergangene Woche hatte UN-Kommissar António Guterres eine wichtige Botschaft: Es sei nicht tragbar, dass Deutschland, mit allein 40 Prozent, und Schweden mit der Aufnahme Flüchtiger dermaßen belastet werden.

Fakt ist, nicht erst seit dem: Wir brauchen in der EU mehr Solidarität. Punkt. Hier braucht es eine klare Position für ein Europa der

Zusammenarbeit, nicht nur in finanzieller Hinsicht. Ein Steuerungskonzept, dass Flüchtlinge unter Berücksichtigung der Größe eines Staates, seiner Einwohnerzahl und der Wirtschaftskraft verteilt, muss schnellstmöglich etabliert und von allen Mitgliedsstaaten mitgetragen werden. Uns ist natürlich bewusst: Das wird ein steiniger Weg, ist aber alternativlos!

Meine Damen und Herren,
die Herausforderung, vor der wir stehen, ist natürlich auch eine Herausforderung für die Menschen im Land. Eine neue Situation für uns alle. Wir dürfen uns dabei aber nicht von rechtsextremen Agitatoren im Netz und auf der Straße treiben lassen. Ich sage es in aller Deutlichkeit: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus hat bei uns in Sachsen nichts verloren. Gewalttäter müssen konsequent verfolgt werden. Unser OAZ leistet hier gute Arbeit, mit einer starken Aufklärungsquote von über 70 Prozent im letzten Jahr. Auch die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Polizei muss noch intensiviert werden. Das sind wir uns als Demokratie schuldig, das sind wir den Menschen schuldig, die bei uns Zuflucht vor Krieg und Verfolgung suchen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an unsere humanitäre Verantwortung. Und diese Verantwortung zu übernehmen, eine Verantwortung, der sich jeder mit ein bisschen Geschichtswissen bewusst ist, das ist keine Floskel, sondern meine tiefe Überzeugung.

Ich bin deshalb auch stolz darauf, dass Deutschland seiner Rolle in Europa bislang so beispiellos gerecht wird und nicht wegsieht, sondern anpackt.

Gerade in den Letzten Tagen ist es wieder deutlich geworden: auch viele Sachsen packen an. Sie haben die Arme geöffnet und helfen mit unglaublich großem Engagement. Man muss klar sagen: die vielen Ehrenamtlichen sind eine riesige Unterstützung der Zuständigen vor Ort. Dafür an dieser Stelle nochmal ein großes, großes Dankeschön.

Vor allem zeigen diese Menschen, dass es in Sachsen sehr wohl Weltoffenheit gibt. Sie zeigen: wir wollen und wir werden alles dafür tun, Flüchtlinge vernünftig unterzubringen und Menschen mit offenen Armen willkommen zu heißen.

Diese Haltung braucht es überall. Dann ist die Aufnahme von Flüchtlingen sogar eine Chance für unser Land. Das hatte unser Ministerpräsident bereits vor einer Woche deutlich gemacht. Wer bei uns als Asylbewerber einen Aufenthaltstitel bekommt, dem wollen wir dazu ermuntern, Sachse zu werden, sich in unsere Gesellschaft einzubringen, vom Wohlstand zu profitieren, ihn aber auch zu vermehren und unsere Kultur zu bereichern.

Es gilt jetzt, zusammen zu stehen und die Herausforderungen aktiv zu bewältigen. Das heißt: Ohne politische Grabenkämpfe, dafür

gemeinsam mit unseren Kommunen und allen engagierten
Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen.

Vielen Dank!

- Es gilt das gesprochene Wort -